

Volkstimme

Einzelpreis 40 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Kautz, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Staben, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1921, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 21.00 Mark, monatlich 7.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und bei Ausnahmefällen vierteljährlich 19.50 Mark, monatlich 6.50 Mark. Bei den Postanstalten vierteljährlich 21.90 Mark, monatlich 7.30 Mark. — Anzeigengebühr: die gesonderte Preispapierliste 1.25 Mk. im Restamtliche Zeile 4.00 Mk. Belegblätter der Zeile 1.00 Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 30 Tagen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nummer 123 Magdeburg.

Nr. 240.

Magdeburg, Donnerstag den 13. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

Es geht ans Leben.

Differenz muß aufsteigen, Empörung ringt nach Ausbruch, weil wir nach Genf blicken müssen, wo die vier Beauftragten des Völkerbundes — ein Belgier, ein Spanier, ein Chinese und ein Brasilianer — über das Schicksal des deutschen Landes Oberschlesien beraten und vielleicht auch schon entschieden haben. Was die Spannung so unerträglich macht, ist die Tatsache, daß nicht nur über Oberschlesien, sondern über die

Zukunft des deutschen Volkes

entschieden wird, ohne die Möglichkeit, von Deutschland aus auf die Entscheidung einzugreifen. Hilflos ist das deutsche Volk dem fremden Willen ausgeliefert. Hilflos deshalb, weil größtenteils sinnlose, lächerliche Generale und unfähige Diplomaten das deutsche Volk in den Weltkrieg und in die furchterliche Niederlage führten. Die Niederlage, die wir dem wahnwitzigen Treiben unserer Nationalisten und Monarchisten zu verdanken haben, führte uns nach Versailles, brachte uns den sogenannten Friedensvertrag. Dieser Vertrag sah ursprünglich eine glatte

Auslieferung Oberschlesiens an Polen

vor uns als Entgegenkommen wurde das Zugeständnis einer Abstimmung in Oberschlesien gewertet. Die Abstimmung brachte nur in zwei Kreisen eine polnische Mehrheit, das Abstimmungsgebiet als ganzes entschied sich zu 60 Prozent für Deutschland.

Mit Recht konnte Deutschland deshalb erwarten, daß ganz Oberschlesien, das eine wirtschaftliche Einheit bildet, ihm zugesprochen würde. Bald nach der Abstimmung wurde aber klar, daß an eine ungeteilte Zuweisung nicht zu denken ist. Selbst die für Deutschland am günstigsten urteilenden Engländer schlagen vor,

die Kreise Pleß und Rybnik

weil sie eine polnische Mehrheit aufbrachten, an Polen zu übergeben, das übrige Oberschlesien aber bei Deutschland zu belassen.

Der Oberste Rat, der nach dem Friedensvertrag zu entscheiden hat, konnte sich nicht einigen: Frankreich, das sich anscheinend Polen gegenüber sehr weit verpflichtet hatte, widerstand. So kam man in Paris auf den Ausweg, den Völkerbund um ein Gutachten, das in Wirklichkeit aber auch Entscheidung sein wird, zu ersuchen. Und dieses in Aussicht stehende Gutachten erweckt

die schlimmsten Befürchtungen.

Eine authentische Nachricht liegt noch nicht vor, doch lassen die Meldungen, die aus Genf kommen, kaum noch einen Zweifel daran, daß Oberschlesien in seinen wichtigsten Gebieten für Deutschland verlorengehen soll. Das deutsche Wolff-Bureau teilt mit:

Wenn man den heute vorliegenden, natürlich rein privaten Informationen glauben schenken kann, dann kann kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundrat tatsächlich die Teilung Oberschlesiens, und zwar auch des Industriegebiets, beschlossen hat. Ueber die dem Obersten Rat vorzuschlagende Grenzlinie ist naturgemäß nichts Sicheres und nichts Endgültiges zu erfahren. In Kreisen, die dem Völkerbund nahe stehen, verlautet aber mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Sforza-Linien darstellt. Danach soll an Polen fallen: Rybnik, Pleß, der in den Kreis Pleß hineinragende Südpol des Kreises Hindenburg, Rattowitz Stadt und Land, der Ostteil des Landkreises Beuthen ohne die Stadt und Teile der Kreise Larnowik und Lublinitz ohne die Städte. Was die rein deutsche Stadt Königshütte betrifft, wird von einer für Polen günstigen Lösung gesprochen. Neben den Bestimmungen über die neue Grenze soll das Gutachten des Völkerbundsrats eine Fülle von teilweise sehr verwinkelten Bestimmungen enthalten über technische und wirtschaftliche Fragen, deren redaktionelle Ausarbeitung auf große Schwierigkeiten stößt. Von den Mitgliedern des Völkerbundsrats wird jede weitere Auskunft über die Grenzlinie verweigert.

Eine andre private Meldung des „Berliner Tageblattes“ die angeblich auf authentischen Mitteilungen beruht, besagt folgendes:

Der prinzipielle Beschluß des Völkerbundsrats geht im einzelnen dahin, Oberschlesien in drei Teile zu teilen: Pleß und Rybnik sollen an Polen fallen, das Zentralgebiet, im engsten Sinn also Gleiwitz, Beuthen, Rattowitz, soll als autonome wirtschaftliche Provinz unter polnischer Souveränität konstituiert und die übrigen Gebiete Oberschlesiens sollen Deutschland angeteilt werden.

Der Rat befaßt sich, nach der Meldung des Korrespondenten, mit folgenden Spezialfragen: 1. Wie soll das Währungsproblem in dem autonomisierten Mittelgebiet reguliert werden? Hierüber ist noch keine Einigung erzielt worden; 2. Polen soll die Eisenbahnverwaltung übertragen werden; 3. die militärische Besatzung in dem Mittelbezirk soll ganz erheblich verstärkt werden und die Verstärkung soll Polen zur Last fallen. Die oberste Instanz in dem autonomisierten Mittelbezirk wird ein internationaler Ausschuss sein, der unter Völkerbundskontrolle gestellt werden wird.

Die Meldungen stimmen in den Einzelheiten nicht überein; eins ist aber sicher:

Oberschlesien wird geteilt

und aller Wahrscheinlichkeit nach in einer für Deutschland und für Oberschlesien gleich ungünstigen Weise.

Deutschland sind ungeheuerliche Verpflichtungen auferlegt worden. Es hat seit dem 10. Mai die größten Anstrengungen gemacht, um seine übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Es ist des guten Willens, in diesen Anstrengungen nicht zu erlahmen — aber man muß ihm die Möglichkeit dazu lassen. Und die werden ihm mit Oberschlesien zum größten Teile genommen. Eine Verteilung Oberschlesiens geht ihm ans Leben.

Muß Wirth gehen?

Es war zu erwarten, daß sofort nach der Entscheidung über Oberschlesien ein mehr oder weniger geschickter Vorstoß von rechts gegen das Kabinett Wirth erfolgen würde. Das Kabinett Wirth ist im Mai dieses Jahres infolge der Annahme des Londoner Ultimatus entstanden. Unter den Gründen aber, die für die Annahme angeführt wurden, war einer der wichtigsten, daß im Falle der Ablehnung des Londoner Diktats Oberschlesien zweifellos sofort und vollständig verloren sei, während nach der Annahme verbesserte Aussichten beständen, Oberschlesien zu retten. In der Rettung Oberschlesiens hat dann die Regierung Wirth mit größtem Eifer gearbeitet. Bisher hat kein Kritiker zu sagen gemocht, wie es geschickter zu machen gewesen wäre. Außerdem hat Wirth in seinen Reden die Entente wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß der Verlust Oberschlesiens seinem Kabinett verhängnisvoll werden und die weitere Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen unmöglich machen könnte.

Die Rechte hat sich von allen Vorgängen nichts so gut gemerkt wie die Bemerkung, daß das Kabinett Wirth unter Umständen stürzen könnte. Die Gelegenheit schien äußerst bequem. Eine Entscheidung der Entente, die in Deutschland volle und ungeteilte Bekräftigung auslöste, erwartete im Ernst niemand. Also lag es ungemein nahe, nach der Entscheidung zu sagen: die Lösung ist unbefriedigend, die Annahme des Ultimatus war überflüssig, die Politik der Regierung war falsch,

also muß Wirth gehen.

Daß dies kommen würde, war vorauszusehen. Nicht aber, daß die Rechte und ihre gefälligen Handlanger vor Wirth nicht einmal imstande sein würden, die endgültige Entscheidung abzuwarten. Noch bevor diese vorlag, auf bloße, unbefähigte Gerüchte hin hat man die Regierung Wirth zu stürzen versucht.

Der Plan der Kabinettsstürzer ist ungefähr folgender: Wirth, der persönlich für die Verbreiterung der Regierungsschicks nach rechts eintritt, ist für sie dennoch ein lästiges Hindernis, da er den Absichten der Deutschen Volkspartei nicht ohne weiteres gefällig ist. Mit Wirth läßt sich eine Rechtsdrehung des Kurzes nicht erzielen. Also benutzen wir die oberste Gelegenheit, um den unbequemen Mann auszuschaffen, bilden wir die bürgerliche Koalition der Mitte und laden wir dann die Sozialdemokratie ein, in ihrer schon so oft erprobten Opferwilligkeit die neue Regierung zu unterstützen.

Die Sache war aber zu plump eingefädelt, als daß man sie auf sozialdemokratischer Seite nicht durchschaute. Die Sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, ein solches Mandat, sei es auch nur durch passives Geschehenlassen, zu unterstützen. Sie hat vielmehr alle Ursache, mit der

Blendlaternen in diese dunkeln Treibereien

hineinzuleuchten.

Für jeden ruhigen Beurteiler ergibt sich sofort die Frage, was denn für Oberschlesien und für Deutschland gewonnen ist, wenn das Kabinett Wirth zurücktritt. Die Antwort darauf lautet: Für Oberschlesien ist damit gar nichts gewonnen, für Deutschland aber ist damit nicht nur nichts gewonnen, sondern auch alles verloren, was eine ruhige Entwicklung im Innern noch einigermaßen garantiert. Die Idee, daß man die Entente dadurch bestrafen könnte, daß man Wirth wegschickt, ist einfach kindisch. Die Entente würde sich auch dann wahrscheinlich einigermaßen zu helfen wissen. Die Regierung Wirth ist aber auch wahrhaftig nicht der Entente zuliebe da, sondern Deutschland zuliebe, weil ihre Politik die einzige ist, die Deutschland für absehbare Zeit vor den schwersten äußern und innern Erschütterungen bewahren kann. Fällt das Kabinett Wirth, so kann das Uebel leicht für ganz Europa unheilvoll sein, bestimmt aber wird das Uebel zuerst in Deutschland selber beginnen.

Grotesk ist auch die Idee, daß die gegenwärtige deutsche Regierung einfach

die Hirte ins Korn werfen

soll, daß sie vor den Ereignissen der auswärtigen Politik die Flucht ergreifen soll, ohne sich zuvor der Instanz, vor der sie alle Verantwortung trägt, gestellt zu haben. Man hat es dem Kabinett Fehrenbach mit Recht vorgeworfen, daß es das Kaiserpanier ergriffen hat, als die auswärtigen Angelegenheiten nicht den Gang nahmen, den es wünschte. Wir möchten ein so unwürdiges Schauspiel nicht noch einmal erleben, und wir sind einigermaßen erstaunt, daß Kreise, die sich für besonders national halten, nichts Liebteres zu wünschen scheinen als seine Wiederholung. Es ist nichts weiter als ein widerstandsloses Hinabgleiten in fremde Abhängigkeiten, wenn bei uns die Regierungen kommen und gehen je nach dem, wie der Wind aus London oder Paris bläst. Wirthig und verfassungsmäßig zugleich ist es allein, an dem Grundgesetz festzuhalten, daß das Verbleiben oder Verschwinden deutscher Regierungen von dem Willen der deutschen Volksvertretung, des Reichstags, abhängt.

Darum ist unter allen Umständen zu fordern, daß das Kabinett Wirth die Entscheidung über Oberschlesien abwartet und daß es

dann vor den Reichstag tritt,

um sich für seine bisherige Politik zu verantworten und die Richtlinien seiner weiteren Politik zu entwerfen für den Fall, daß es auch weiter das Vertrauen des Reichstags behält. An dem Reichstag ist es dann, zu entscheiden, ob die Regierung bleiben soll oder nicht. Die Sozialdemokratie wird dann Gelegenheit haben, zu erklären, warum sie das Verbleiben dieser Regierung will; und die bürgerlichen Mittelparteien werden, falls sie es anders wollen, die Verantwortung für den eventuellen Sturz und dessen Folgen vor dem ganzen Volke zu tragen haben.

Magdeburgische Trompetenstöße.

Die „Magdeburgische Zeitung“ liebt das Salsbadern über den „Jammer der Parteipolitik“. Sie läßt sich aber keine Gelegenheit entgehen, in niedrigster Weise gegen alle Persönlichkeiten zu hegen, die ihr unbequem sind. Als unfähig und tölpelhaft stellt sie jeden hin, der im Verdacht steht, ein ehrlicher Demokrat und Republikaner zu sein.

Der Reichskanzler Wirth ist das ständige Ziel ihrer Angriffe. Die „Magdeburgische Zeitung“ war das erste Blatt, das nach den Gdörlitzer Beschlüssen die Beseitigung von Wirth verlangte. Die damaligen Trompetenstöße waren trotz ihres vielfachen Schos nicht stark genug, um die Front um Wirth ins Weichen zu bringen.

Jetzt bemüht sie die tragische Wendung, welche der Kampf um Oberschlesien nimmt, als Signal zu einer neuen Gehe gegen den Reichskanzler. Das Unglück des deutschen Volkes kommt ihr gerade recht, um an dem Feuer der auflodernden Empörung ihr parteipolitiches Süppchen zu kochen. Sie entrüstet sich schon vorweg, daß es Leute gibt, die nicht daran denken, „die verantwortliche Reichsregierung zum Teufel zu jagen“, weil das deutsche Volk „einen Schlag ins Gesicht erhält“.

Der Sozialdemokratie wirft die „Magdeburgische Zeitung“ vor, daß sie wieder zu bremsen beginne und die Absicht habe, sich der Entscheidung über Oberschlesien zu fügen. Sie weiß zwar keine Vorschläge zu machen, wie

Größliche Irreführung.

In der gesamten bürgerlichen Presse wird in langen Artikeln eine Großlüge des Kommerzialsrats Deutsch, Vorsitzender der A. G. C., beproben, in welcher dieser den Nachweis zu führen versucht, daß der Anteil der Arbeiter an den Gewinnen der deutschen Industrie bedeutend gewachsen ist, während der Anteil der Kapitalisten sich vermindert habe.

Die Ausführungen des Herrn Deutsch gipfeln in einer ziffermäßigen Darstellung, die den Anteil der Arbeiter, des Staates und des Kapitals an jeder ausgegebenen Mark zunächst in dem Zeitraum von 1908 bis 1917 und dann im Jahre 1920 wiedergeben soll. Danach erhielten:

	1908/17	1920
Angestellte und Arbeiter	76,7 Pfg.	84,9 Pfg.
der Staat	11,7 Pfg.	11,7 Pfg.
das Kapital	11,6 Pfg.	3,4 Pfg.

Die Wochenschrift „Die Konjunktur“ unterzieht die Schrift des Herrn Deutsch einer Kritik, der wir folgendes entnehmen: „Es ist zunächst außerordentlich bedauerlich, daß Geheimrat Deutsch die 132 Unternehmungen, die seine Untersuchung umfaßt, nicht namentlich aufzählt. Er hat dadurch jede Nachprüfung seines Materials von vornherein unmöglich gemacht. Über selbst, wenn wir annehmen, daß die von ihm angeführten Ziffern mit der nötigen Sorgfalt zusammengetragen wurden und völlig zutreffend sind, so bleibt die Untersuchung für die wirkliche Verteilung des Anteils von Kapital und Arbeit am Produktions-ertrag doch völlig wertlos. Herr Deutsch weiß recht wohl, daß der Kurs der meisten Industripapiere gegenwärtig eine Höhe erreicht hat, die in keinem angemessenen Verhältnis mehr steht zum offiziellen Dividendenbetrag. So werden z. B. die Aktien der A. G. C. zum Kurse von etwa 600 gehandelt, obwohl die vorjährige Dividende 14 Prozent betrug. Der Erwerb von A. G. C.-Aktien würde demnach nur mit einer Verzinsung von etwa 3 Prozent für sein Anlagekapital rechnen können, und selbst wenn die Dividende von 1920/21 etwa auf 20 Prozent erhöht würde, ergibt sich immer nur eine Verzinsung von rund 3 Prozent. In einer Zeit, wo die Großbanken absolut sicheren Industrieunternehmungen hypothekarisch gesicherte Kredite nur zum Satze von 8 bis 12 Prozent einräumen, würde also der Kurs der Aktien der A. G. C. wie fast aller andern industriellen Unternehmungen viel zu hoch sein. Der Einwand, daß es sich um spekulative Heberwerbungen an der Börse handle, ist nicht stichhaltig, denn selbst Aufsichtsräte und Direktoren von Aktiengesellschaften, d. h. solche Leute, die den Wert der Aktien besonders gut beurteilen können, kaufen noch zu diesen hohen Kursen. Es müssen also dem Aktienbesitzer ganz andre Chancen winken, als der bloße Dividendenbetrag. Herr Deutsch weiß gewiß ebenso gut wie jeder Banklehrling, was heutzutage die Ankündigung einer Kapitalserhöhung (vor dem Krieg in den meisten Fällen für die Börse ein Kaufmotiv) bedeutet. In den letzten beiden Jahren wurden bei fast allen Kapitalserhöhungen die jungen Aktien zu Pari mit einem geringeren Aufschlagszuschlag ausgegeben. Hieraus resultierte für den Aktienbesitzer ein hohes Bezugsrecht, das er jederzeit an der Börse zu Geld machen konnte, sofern er es nicht vorzog, die jungen Aktien selbst für ein Butterbrot zu erwerben. In vielen Fällen wurden sogar Gratisaktien ausgegeben. Die Zahl der Aktiengesellschaften, die noch mit einem Goldmarkkapital arbeiten, ist unbedeutend. Man kann deshalb getrost annehmen, daß von den 132 Gesellschaften, die Geheimrat Deutsch in Betracht zieht, mindestens 130 ihren Aktionären in den letzten beiden Jahren ein wertvolles Bezugsrecht gewährt haben. In zahlreichen Fällen sind aber bekanntlich mehrfache Kapitalserhöhungen unter günstigen Bedingungen vorgenommen worden. Sollten all diese Dinge Herrn Geheimrat Deutsch und seinen Hilfsarbeitern wirklich unbekannt sein?

Die Käufer von Aktien legen ferner auf den offiziellen Dividendenbetrag heute gar keinen so großen Wert mehr, weil sie wissen, daß ein großer Teil des Reingewinns zu Abschreibungen, Vorkosten von Hypotheken, Tilgung von Bankschulden, baulichen Verbesserungen usw. verwendet wird und daß die ausgewiesenen Vorräte an Rohmaterialien, fertigen Erzeugnissen usw. aus naheliegenden Gründen in der Bilanz meist unterbewertet sind. Alle diese Dinge steigern den inneren Wert und dementsprechend auch den Kurs der Aktien. Der Aktienbesitzer kann nötigenfalls diesen Vorbeil an der Börse realisieren. Auch darüber schweigt Herr Geheimrat Deutsch in seiner Broschüre.

Recht eigenartig berührt es ferner, daß die staatlichen Vergütungen für Protokollisten und die niedrigen Mieten von Geheimrat Deutsch herangezogen werden, um zu zeigen, daß Arbeiter und Angestellte auf Kosten anderer gewisse Vorteile haben. Es ist doch bekannt, daß auch die meisten industriellen Unternehmungen mit Hypotheken belastet sind. Viele von ihnen haben sich auch vor dem Kriege Goldkapital durch Ausgabe von Obligationen verschafft. Die Zinsen sind hier genau die gleichen geblieben wie in der Vorkriegszeit, mit dem einzigen Unterschied, daß das Goldmarkkapital mit Papiermark verzinst und gegebenenfalls auch in Papiermark zurückgezahlt wird. Nach der heutigen Bewertung der Mark bedeutet das, daß die Aktiengesellschaften die Kapitalisten, mit denen sie ihre Goldwerte jemals erworben haben, heute in einer 27mal geringeren Währung verzinsen und zurückzahlen. Die Besitzer der Obligationen gebären größtenteils ganz andere Kräfte an als die Aktionäre. Bekanntlich haben vor dem Kriege besonders Versicherungsgesellschaften, Sparkassen und Hypothekenbanken ihre Mittel, die größtenteils aus Spar- und Notgroschen der kleinen Leute zusammenflossen, in Obligationen und Hypotheken großindustrieller Unternehmungen angelegt. Auch diese Dinge werden von Herrn Geheimrat Deutsch ignoriert.

Schon die hier angeführten Lügen in der Beweisführung des Herrn Geheimrat Deutsch beweisen, daß seine Broschüre keine ernst zu nehmende Unterlage für die Beurteilung der Entlohnung der Arbeit im Verhältnis zur Verzinsung des Kapitals der Industriegeheimnisse bilden kann.

Die Wertlosigkeit seiner „Untersuchung“, die in Wirklichkeit nur eine gräßliche Irreführung der Öffentlichkeit bedeutet, wird also dem Geheimrat Deutsch von einer Fachzeitschrift bescheinigt. Damit könnte die Schrift als erledigt gelten, wenn sie nicht in einem dritten Punkte für die Allgemeinheit von außerordentlichem Interesse wäre. Wir meinen die Angaben des Herrn Deutsch über die Steuerleistungen der Industrie. Es ist nicht anzunehmen, daß in dieser Hinsicht die Angaben zuminnsten der Industrie gefälscht sind. Welches Geschrei ist über die angeblich für die Industrie erdrückenden Steuerlasten gemacht worden! Geheimrat Deutsch weiß aber nach, daß der Anteil des Staates an den Gewinnen der Industrie im Jahre 1920 nicht höher geworden ist als in der Zeit von 1908 bis 1917. In der Steuererhebung liegt das nicht, sondern an der nicht erfolgten Einziehung.

Das Milliardenangebot der Industrie, das als ein großes vaterländisches Opfer, als ein Geschenk an den Staat ausposaunt wurde, ist also in Wirklichkeit nichts anderes als ein Angebot, die längst fälligen Steuern freiwillig auf einmal nachzuzahlen. Es wäre dabei erst noch nachzuprüfen, ob die Summe der bisher nicht bezahlten Steuern nicht um ein Vielfaches höher ist als das „hochberzogene“ Angebot der Industrie.

Um so toller ist die Forderung, daß die angebotenen Milliarden auf die zu flüchtigen Steuern angerechnet werden sollen. Die Industrie kann zahlen, das beweisen die Angaben des Herrn Deutsch und das erfolgte Angebot. Es muß verlangt werden, daß die Industrie sofort große Beträge à conto der schon längst zu zahlenden Steuern aufbringt und dann ist darüber zu reden, wieviel sie zu leisten vermag, um die Forderungen des Londoner Ultimatus zu erfüllen. In dieser Hinsicht ist die Schrift des Geheimrats Deutsch sehr aufschreiend, und darum muß man ihm für seine Veröffentlichung danken.

Volksparteiliche Scharfmacher.

Neulich Ottwig von Sinsfeld, der im vorigen Jahre auf Erzberger geschossen hat, monatelang aus dem Gefängnis beurlaubt wurde, hat die sozialdemokratische Presse bezeugt, daß Arbeiter von der preussischen Justiz ebenso milde behandelt werden. Diese Auslassungen haben die Abgeordneten G. Hoff, Dr. v. Campe und Stendel von der Deutschen Volkspartei veranlaßt, bei der Staatsregierung anzufragen, wieviel Beurlaubungen in preussischen Strafanstalten überhaupt vorgenommen worden sind, und welchen Berufszweigen die Befangenen angehören. Zum Schluß fragen sie:

Was bedeutet das Staatsministerium zum Schutze der Beamten zu tun, wenn sich die in der sozialistischen Presse vertretene Auffassung als unwahre Unterstellung erweist, durch die allerdings als Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege planmäßig untergraben wird?

Die Herren Volksparteiler machen also den Staatsanwalt gegen die sozialistische Presse scharf. Glaubt die Deutsche Volkspartei, damit die Koalitionsverhandlungen fördern zu können?

Preussischer Landtag.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen in der Dienstag-Sitzung des Preussischen Landtags wurde der Antrag über die Aufhebung der Bezüge, der aus den Abtretungsgebieten nach Deutschland verzogenen Ruhegehaltsempfänger des mittelbaren Staatsdienstes und deren Hinterbliebenen angenommen.

Dann folgt die Beratung von deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Anfragen, die Frachtermäßigungen für Ostpreußen und Maßnahmen für den Kreisabbau wichtiger Bedarfsartikel für dasselbe Gebiet verlangen.

Die Frage wurde dem Ausschuss für Verkehrswesen überwiesen.

In der fortgesetzten Debatte über Bekennnis- und Weltanschauungsschulen suchte Frau Lehmann (dt-natl.) nachzuweisen, daß die privaten höheren Schulen, die von 1/4 der Schüler besucht werden, eine Schranke für den Staat seien, da er ihnen bisher nur geringe Zuschüsse gezahlt habe. Deshalb sei jetzt der Staat verpflichtet, diese Schulen in ihrer jetzigen Notlage ausreichend zu unterstützen.

Der Demokrat Kimpel erregte durch seine sachlichen Darlegungen über die Schulfrage den Zorn des Zentrums, das Herrn Wildermann vorstieß, der mit Pathos die Notwendigkeit der konfessionellen Schule predigte und schließlich scharfsten Kulturkampf anging.

Unser Genosse König gab dem Heißsporn des Zentrums gebührend Antwort.

Darauf wurde die Sitzung auf Mittwoch verlagert.

Klantes Auferstehung.

Das Spekulationsfieber greift immer weiter um sich und verleiht immer breiteren Schichten die Lust am eifrigen Schaffen. Es war vorauszu sehen, daß nach dem Zusammenbruch der Weltkonzerne jüdische Köpfe versuchen würden, das „Shitem Klante“ auch auf das Börsenspiel zu übertragen. Die kapitalkräftigsten Kreise erbeuteten ihre Börsengeschäfte durch die Depositionskassen der Großbanken und durch Privatbankiers, die hier die Rolle der Buchmacher übernehmen. Für den Sumpfang bietet naturgemäß die Herausziehung der kleinen Leute, die mit den Gefahren des Börsenspiels nicht vertraut und auch nicht in der Lage sind, die einschlägigen Manipulationen zu durchschauen, einen besonders großen Anreiz. Die Abwanderung der Sparkassenguthaben zum Effektenmarkt zeigt, wie weit die Dinge schon gediehen sind. Charakteristisch für die neuen Anreizermethoden ist folgendes Rundschreiben, das ein Berliner „Bankhaus“ durch seine „Geschäftsstellen“ in Süddeutschland verbreiten läßt:

Durch die immer stürzender werdende wirtschaftliche Not und Verteuerung des gesamten Lebens hat fast jedermann das Bedürfnis, sein Einkommen auf irgendeine Art zu erhöhen. Eine gute Gelegenheit hierzu bieten die Börsentransaktionen vom Bankhaus 15, welches nach einer Einlage von 500 Mark aufwärts oder nach Hinterlegung von Wertpapieren, selbständig, also ohne Kauf- oder Verkaufsauftrag der Kunden an der Börse nach bestem Wissen und Gewissen spekuliert und mindestens 20 Prozent Gewinn garantiert pro Jahr übernimmt, bisher aber wesentlich mehr herausgeholt hat. Ueber den Umsatz, das heißt Käufe und Verkäufe, erhalten die Kunden laufend Abrechnung. Die gekauften Effekten liegen im Depot der Kunden zur freien Verfügung. Die Gewinne können jederzeit abgehoben werden, die Einlagen ganz oder teilweise nach vorübergehender 14tägiger Kündigung. Dieses schon vor dem Kriege von verschiedenen Londoner Banken angebotene Verfahren bietet somit jedem Gelegenheit, sich ohne Risiko eine hohe Rente zu verschaffen. Die von vielen Privatleuten gemachten schlechten Erfahrungen in Spekulationen sind doch letzten Endes auf den Unstand zurückzuführen, daß infolge fehlender direkter Verbindung mit der Börse die Kurschwankungen nicht rechtzeitig wahrgenommen werden konnten usw. usw.

Arbeiter und Angestellte, seid auf der Hut! Laßt euch nicht den letzten Notgroschen aus der Tasche ziehen! Ein scharfer Rückschlag in der Börsenkonjunktur ist durchaus nicht ausgeschlossen. Die berufsmäßigen Börsenspekulanten werden in solchem Falle noch rechtzeitig den Kopf aus der Schlinge ziehen. Das breite Publikum aber wird die Bege bezahlen dürfen.

Waffenlager in Ostpreußen.

Wie unser Königsberger Parteiorgan die „Königsberger Volkszeitung“ berichtet, sind während der Amtsdauer des preussischen Innenministers Dominicus in Ostpreußen uneheliche Zustände eingetreten.

In Ostpreußen sind noch umfangreiche Waffenlager vorhanden, die vom Ostdeutschen Heimatbund versteckt sind und von deren Bestehen der Minister Dominicus Kenntnis hat. Die „Volkszeitung“ weiß von Waffenjungen zu berichten, die annähernd 200 schwere Maschinengewehre umfassen. Werden die aufgefundenen Waffen der Besatzung abgeliefert, so gibt sie die Waffen an die Reichswehrhandels-Gesellschaft weiter. Dort verschwinden die Waffen und landen schließlich wieder beim Ostdeutschen Heimatbund.

Wie weit an diesen Schiebung des Wehrkreis-Kommando beteiligt ist, konnten unsere Parteigenossen bisher noch nicht ermitteln. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß der Ostdeutsche Heimatbund durch Vermittlung einer Berliner Zentralfelle mit Eschrich und der Orgesch in Verbindung steht.

Panik in Deutschösterreich.

Nachdem sich in Oesterreich der Sturm auf die Läden halbwegs gelegt hat, ist durch Alarmnachrichten eine neue Panik ausgebrochen.

Seit dem Amtsantritt des neuen Finanzministers Dr. Gurtler sind in Oesterreich Gerüchte über bevorstehende Zwangsmassnahmen verbreitet worden. Man faselte von einer Notenabstempelung, einer Deposperrre oder Zwangsanleihe. Die Folge dieser Nachrichten war, daß ein Sturm auf die Sparkassen und Banken einsetzte. Jeder versuchte, sein Guthaben noch vor dem Zugriff des Staates zu retten. In der Spitze marschieren auch hier wieder die von Patriotismus überfluteten Kreise. Die Großindustriellen nicht zu vergessen.

Die Regierung versuchte, dieser katastrophalen Panik im finanziellen Verkehr mit einem Dementi entgegenzutreten. Sie verkündete offiziell, daß alle umlaufenden Gerüchte über Zwangsmassnahmen aus der Luft gegriffen seien. Ob dieses Dementi angesichts der österreichischen Finanzmisere die erhoffte Wirkung zeitigen wird, ist zu bezweifeln.

Notizen.

Deutschnationaler Antrag — sozialdemokratische Zusätze. Die Deutschnationalen haben im Preussischen Landtag einen leichten Antrag eingebracht, der von der Regierung einen Gegenentwurf fordert, durch den anlässlich der Teuerung das Einkommen der Beamten und Lehrer automatisch dem Werte des Geldes angepasst wird. Der Antrag verlangt weiter eine gleichmäßige Beschäftigungszugabe für alle Beamten, ferner Heraushebung der Grenze im Steuergesetz von 24 000 auf 35 000 Mark. Empfänger von Wartegeld, Ruhegeld und Hinterbliebenenrente sollen entsprechend behandelt werden, ebenso die Geistlichen. Was dem Antrag fehlt, werden unsere Genossen hinzufügen: Sicherung des Reallohns darf nicht nur für Beamte und Gelehrte gelten, sondern für alle Arbeitnehmer. Darüber wollen wir gern verhandeln. Wir werden aber auch nachholen, was die Deutschnationalen versäumen, nämlich zu sagen, woher die Mittel für die neuen Ausgaben genommen werden sollen.

„Schonfristige Sinaussetzung“ von Hilfskräften bei der Post. Die Hilfskräfte bei der Reichspost sind lebhaft beunruhigt, weil gerade jetzt zu Beginn des Winters große Entlassungen in fast allen Oberpostdirektionen angedroht sind. Betroffen werden davon zahlreiche Kräfte, die zum Teil jahrelang der Post in schwerer Zeit gedient haben. Auch zahlreiche Kriegsbefähigte stehen vor der Entlassung. Mit welcher Brutalität und Kalkül einige führende Beamte vorgehen, beweist die verbürgte Äußerung des Leiters des Postbediensteten in Köln, der angeündigt hat, daß er die Angestellten „schonfristige hinaussetzen werde“. Obwohl das Ziel des Reichspostministers, wieder ein einheitlicheres Personal zu bekommen, begrifflich ist, muß die insoziale Art scharf bekämpft werden. Es werden systematisch weibliche Kräfte, sehr oft Töchter höherer Beamter, und des geborenen Mittelstandes eingestellt, zu dem ausgesprochenen Zweck, männliche Hilfskräfte arbeitslos zu machen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Steinlopp und Soliman (Köln) haben in Begleitung einer Deputation von Hilfskräften dem Reichspostminister Giesberts persönlich das Unverantwortliche solchen Vorgehens dargestellt und erreicht, daß wenigstens im Augenblick keine Kündigungen ausgesprochen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Mächtigkeit der Angelegenheit im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Verurteilung von Wucherern. Nach einer Mitteilung des Reichsministers der Justiz an den Reichstag haben die Wuchergerichte im Kalenderjahr 1920 sich mit 27 524 Wucherfällen beschäftigt. Es wurde erkannt in 2397 Fällen auf Freisprechung, in 8612 Fällen auf Geldstrafe bis 1000 Mark; in 3022 Fällen von 1000 bis 20 000 Mark, in 177 Fällen Geldstrafe von 20 000 bis 50 000 Mark, in 109 Fällen von 50 000 Mark, und mehr. Eine größere Anzahl von Verurteilungen wurde den ordentlichen Gerichten überwiesen. An Gefängnisstrafen verhängten die Wuchergerichte in 5635 Fällen bis zu 1 Monat, in 1218 Fällen von 1 Monat bis zu 3 Monaten, in 735 Fällen von 3 Monaten bis zu 1 Jahr, in 88 Fällen von 1 Jahr und mehr. Auf Zuchthaus wurde in 24 Fällen erkannt auf Einziehung in 4181 Fällen, auf Verlust der bürgerlichen Rechte 55 mal. In 79 Fällen wurde der Handelsbetrieb untersagt. 1478 mal wurde öffentliche Bekanntmachung des Urteils verfügt.

Ein neues Zeitungsverbot. Das Erscheinen der unabhängigen Münchener „Morgenpost“ ist vom 12. bis 25. Oktober wegen eines Artikels „Die Verschwörung gegen die Republik“ verboten worden.

Die amtlichen Totenziffern von Oppau. Die Zahl der Toten und Vermissten des Oppauer Unglücks hat nunmehr nach amtlichen Mitteilungen 600 überschritten, nachdem noch mehrere Schwerverletzte in den Krankenhäusern gestorben sind. Die Zahl der Erblindeten ist etwas kleiner als ursprünglich mitgeteilt wurde. An Spenden sind bisher über 80 Millionen aufgebracht worden.

Frankfurtererror. Im Stadtrat von Saarbrücken teilte der Bürgermeister mit, daß die Regierungskommission ihr Verbot, Gemeindebeamten, Angestellten und Arbeitern irgendwelche Teuerungszulagen oder Gehaltserhöhungen in deutscher Marktwährung zu geben, streng aufrechtzuerhalten. Ein saarländischer Bürgermeister, der anstatt Franken vorzuschüssweise Marktwährung verabreicht hatte, wurde von der Regierungskommission zur Rechenschaft gezogen und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet.

Amerika für Deutschland. „Chicago Tribune“ meldet aus Koblentz: Die amerikanische Regierung hat bei England, Frankreich und Belgien die Anregung gegeben, die Besatzungstruppen im Rheinland im Laufe der nächsten Monate um etwa ein Drittel zu verringern, um auf diese Weise die Kosten herabzumindern, die Deutschland den Alliierten zurückzahlen muß. Der Vorschlag wird sich mit diesem Vorschlag in seiner nächsten Sitzung befassen.

Depeschen.

Nachrichten des Ostpreussischen.

B6. Frankfurt a. M., 12. Oktober. Wegen der Brandlegung am Kullenhause in der Oper in der Nacht zum 28. März hatten sich sechs Angeklagte, die Mitglieder der anarchistischen Vereinigung sind, vor dem Schwurgericht zu verantworten. Durch die Tat sollte der Abtransport der Sibomannschaft nach Mitteldeutschland behindert werden. Das Gericht verurteilte wegen verurteilter vorläufiger Brandstiftung drei Angeklagte zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis, wegen Beihilfe einen Angeklagten zu 1 Jahre und zwei weitere Angeklagte zu je 8 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter, der erblindet ist, wurde bedingt begnadigt.

Bernichtete Flugzeuge.

B6. Budapest, 12. Oktober. Die Reparationskommission der Entente, bernichtete in Ungarn 110 Flugzeuge und 75 Motoren, eine Ziffer, welche die gesamte Aviation Ungarns einschließlich der Handelsfahrzeuge in sich begreift.

Ein heißer Thron.

B3. Paris, 12. Oktober. Die „Chicago Tribune“ will wissen, daß König Alexander von Serbien beschloffen habe, zugunsten seines älteren Bruders, des Prinzen Gera, abzutreten.

TUCHHAND

G.M.B.H.

REINE



WOLLE

REGIERUNGSTRASSE 24
GEGENÜBER DEM KLOSTER DER FRAUEN

Wir erfaßten rechtzeitig

gewaltige Warenmengen zu alten Preisen und stellen uns mit unsrer ganzen Macht, solange als irgend möglich, gegen die Preissteigerung. Die billigsten zu sein und zu bleiben.

Wir sind daher in der Lage, unser Geschäftsprinzip durchzuhalten: Der Einkauf von

Anzug-, Kostüm- und Kleiderstoffen

Friedensqualitäten, aus garantiert reiner Wolle, bei uns bringt Ihnen unbedingt grosse Geldersparnisse.

Preislagen Mk. 65.00 bis Mk. 185.00

Schneidermeister, welche den Anzug elegant mit Garantie für guten Sitz anfertigen, weisen wir nach.

Kein Laden — I. Etage.

Fernsprecher 8328.

Fernsprecher 8328.

Großer Gelegenheitsposten in Hauskleider-Stoffen

nach zu alten Preisen eingetroffen.

Meter 39.75 29.75 19.75 16.50
soweit Vorrat

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Sackstrasse Nr. 8 Inhaber: Jul. Schöper & Co. Petersberg



Oha!

Lavalin ist der beste Schuhputz

Überall zu haben

Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Ricklingen.

Vertreter und Lager für den Großhandel

Paul Lührs, Magdeburg, Kaiserstraße 19
Fernsprecher 7832 und 7833.

Frauenhaar

LIEDENOW
S. M. B. H.
Sternstr. 29.

Umpfehhüte

für Damen und Herren.

Hutfabrik Emil Göte

Himmelsstr. 13 — Schwerfegerstr. 3
Leiterstr. 15.

Lieferzeit 8 Tage! Lieferzeit 8 Tage!

Obstbäume!

Einen Pflanz Apfel-Halbäpfel, gute Sorten, gute Preisverhältnisse ab

Otto Fuchs, Reichenhagen, Reichenhagenstr. 18.
Telefon 8154.

Schattenmorellen

Beste Qualität und halbbäume, Apfel-Halbäpfel, gute Preisverhältnisse ab

Otto Fuchs, Reichenhagen, Reichenhagenstr. 18.
Telefon 8154.

Stenographische Lehrkurse!

Am Sonntag den 14. Oktober beginnen im Stenographischen Institut, Stephansstraße Nr. 38

neue Lehrkurse in Stenochygraphie

Stenochygraphie = vereinf. Kurzschrift

Der Unterrichtspreis beträgt einschließlich Lehrmittel 20.00 Mark. Weitere Ausgaben entstehen bei den Lehrbüchern nicht. — Gehörlosheit und geringe Sehschwäche hindern nicht.

Stellungen werden im Verein mit dem Stenographischen Institut bis zum Beginn der Kurse aufgenommen. — Nach dem Ende des Unterrichts besteht die Möglichkeit, den Unterricht in der Stenochygraphie zu beenden. — Der Vorstand des Deutschen Arbeiter-Stenographischen Bundes.

Kredit

und gegen bar erhalten Sie Herren u. Damen: Anglige, Hüter, Klänge u. Schläpfer Neu-Anfertigung Damen-Mäntel und Schläpfer Stoffe und Hüte Leib- und Bettwäsche Normal-Hemden und Unterhosen Sarzinen, vom Meter und abgepaßt bei

S. Margulies

Breitweg 60/61, I. Eing. Katharinenstr. Geöffnet von 9 bis 12 und 2 bis 6 Uhr. Sonntags bis 7 Uhr.

Pfandleihhaus

2. Schilling Kleine Sandstraße 2. 4. beseitigt Wertgegenstände jeder Art zu höchsten Preisen. [2876]

Hofjäger

Sonntag Nachmittag nachmittags 4 Uhr

Kaffee-Konzert

mit Kino-Einlagen

Städtische Theater.

Sonntag den 13. Oktober Stadttheater I. Abends Die lustigen Weiber von Windsor. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Waldheim-Theater

Chyprien. — Anfang 7 1/2 Uhr.

Operntexte

empfehlen Reichmann, Volkstheater

Stephanshallen

Dr. H. G. G. 115 Platz 3 Uhr. Ich lasse dich nicht.

Kaffee-Theater

Sonntag Nachm. 3. Uhr. Kaffee und Familien-Verköstigung. Eintrittspreis nur 1.00. Haus im Wald.

ZENTRAL-THEATER

Täglich 7 1/2 Uhr

Die Dollar-Prinzessin

Sonntag nachmittags angelegte Vorstellung bei kleinen Preisen.

Bunte Bühne

(Theater-Restaurant) Täglich 8 Uhr 309

Das brillante Oktober-Programm!

Fürstentum-Frankfurt

Sonntag der berühmten Nackttänzerin Adorée Villany

Das große Spezialitäten-Spielplan I. a. a. —

Romantisch Kromolina und Darras

1. a. a. — Anfang Punkt 7 1/2 Uhr.

Bier-Kabarett Blaue Grotte.

Das vorzügliche Programm!

Das vorzügliche Programm!

Anfang 8 Uhr.

Das vorzügliche Programm!

Anfang 8 Uhr.

Das vorzügliche Programm!

Anfang 8 Uhr.

Das vorzügliche Programm!

Anfang 8 Uhr.

Reichstrone

Sonntag 12. 11. Fernspr. 2193

Empfehle mein Lokal

rote Saal und Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen u. Festlichkeiten.

Emil Friede.

Sonntag 12. 11. Fernspr. 2193

Kammer-Lichtspiele

Heute letzter Tag!

Landstraße und Großstadt

(Musikanten des Lebens) ein tragisches Schauspiel in 6 Akten.

Gelbe Männer

Das große dramatische Abenteuer in 5 Akten.

Beginn der Vorstellungen: Wochentags 3 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Lichtspielhaus Panorama

Heute letzter Tag!

Erna Morona Maria Zelenka Emil Mamelok Will Kayser-Hoyl Margarete Kupier Richard Georg

Taschendiebe

Ein Drama in 6 Akten. Regie: Emil Friede. Der Film wurde unter trinominaler Interaktion der Berliner Polizei hergestellt.

Scherben

Ein Drama in 5 Akten. Regie: Lupa Pick. Hauptrolle: Werner Krauß.

Beginn der Vorstellungen: Wochentags 3 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Hohenzollern

Breitweg Die beliebtesten Gast- und Vergnügungsorte in Magdeburg sind:

Kaffee 301 Hohenzollern Wein-Restaurant Hohenzollern Kleinkunstbühne Hohenzollern Salon-Bar Hohenzollern Franksaal Hohenzollern

Kammer-Lichtspiele.

Wir bringen nachstehend einige Kritiken über den Terra-Großfilm

Die Ratten

nach dem gleichnamigen Drama von Gerhardt Hauptmann, welcher bereits ab Freitag zur Vorführung gelangt.

- Ueber den Film im allgemeinen.**
Lichtbildbühne: Die Uraufführung des Großfilms „Die Ratten“ wurde zu einem künstlerischen Ereignis 1. Ranges. Die große Aufgabe des Lichtbildes, hohen künstlerischen Ansprüchen zu genügen und zugleich schlichtere Bedürfnisse der Schaulust und Spannung zu befriedigen — hier ist sie gelöst.
Filmkurier: Ein gesellschaftliches Ereignis von Bedeutung — „Gerhardt Hauptmann im Film“. Der Film „Die Ratten“ ist gut, sehr gut, er gehört zu unsern besten Spielfilmen.
Duisburger General-Anzeiger: Ich muß gestehen, daß keiner der gewaltigen Frankfilme, die im letzten Winter gegeben wurden, eine derartige Erschütterung hervorzurufen vermochten wie diese „Ratten“.
- Ueber die Darstellung.**
Jannings als Berliner Verbrechertyp ist die Höchstleistung alles schauspielerischen Könnens.
Berliner Morgenzeitung: Besonders der Bruno Rehder von Jannings bedeutet eine schauspielerische Glanzleistung 1. Ranges.
8-Uhr-Abendblatt: Luze Höllich spielte die Frau John mit so lebenswahrer und lebenswarmer Empfindung, daß man die Leinwand völlig vergißt. Maria Leitze zeigte viel schauspielerisches Temperament, Landine Ebinger war eine vollendete Berliner Mäde, ein Aderstragenmädel von einer kaum noch zu übertreffenden Frechheit und Sündhaftigkeit.
Deutsches Abendblatt: Jede Rolle bis ins Kleinste gut besetzt.
- Ueber die Regie und Photographie.**
8-Uhr-Abendblatt: Die Regie hat die ungeheuren Schwierigkeiten, die der feine Stoff des Hauptmannschen Schauspiel bot, auf alle Fälle in geschickter Form gelöst.
Börzen-Kurier: Auch die Regie hat mit glücklicher Hand die Szenen gefaßt.
Film-Kurier: Feine und durchdachte Regiearbeit, die überall bestes Niveau zeigt, hat dieser Film genug. Dazu die bildhaft glänzend gelösten Bauten. Die Photographie dieses Films ist einwandfrei schön.
- Ueber die Bauten.**
Man hat einen der besonderen Vorzüge der Filme hier voll und ganz ausnutzen können, indem man die Berliner Tragödie an Ort und Stelle aufnahm, im Schenkenbiergarten. Da konnte Hauptmanns Naturalismus Triumphe feiern.

Kaiserhalle

— Inhaber: Max Richter —
Bürgerstraße 100. 201. Telefon 2030.

Großer Preisfest.

Samstag nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
1000.00 Mark in bar

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Oktober 1921.

Görlich vor den Parteigenossen.

Am 11. Oktober wurde in der Aula der Augustaschule die am 29. September abgebrochene Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fortgesetzt, die sich mit den Verhandlungen und Beschlüssen von Görlich beschäftigte. Bevor die Aussprache ihren Fortgang nahm, ergriff Genosse Waber das Wort, um noch einmal kurz den Sachverhalt aufzuzeigen. Er sagte: Die Bedingungen von Görlich haben den Zweck gehabt, die Republik zu sichern und zu schützen. Ueber Nacht sind aber Ereignisse eingetreten, die zu schweren innern Wirren führen können. Das Kabinett der Erfüllung ist in Gefahr, gestürzt zu werden, und zwar nicht durch innerpolitische Verhältnisse, sondern durch die Maßnahmen des Völkerbundrats, auf die wir keinen Einfluß haben. Durch den Versailler Frieden und das Londoner Ultimatum sind wir nicht in der Lage, unsere Innenpolitik nach eigenem Willen zu machen. Oberschlesien steht jetzt im Vordergrund. Nach englischen Nachrichten beschäftigt man das Industriegebiet Oberschlesien

politisch zu Polen, wirtschaftlich aber zu Deutschland

zu schlagen. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand, der zu Verwicklungen führen wird. Am 12. Oktober soll die Entscheidung fallen. Der Reichsminister hat sofort seinen Urlaub unterbrochen. In einer Nachtigung hat sich das Kabinett mit diesen Fragen beschäftigt. Wenn der Völkerbundrat die obereschlesische Frage in dem obigen Sinne löst, kann das Kabinett in der Gefahr kommen, das Gebilde worden ist, um das Ultimatum von London sind die Imperialisten am Werke, Briand ein Bein zu stellen, weil er nach ihrer Meinung Deutschland die Daumenschrauben nicht stark genug ansetzt. Die Stimmung in Frankreich wirkt natürlich auch auf England, das nicht die Macht hat, Polen und Frankreich von dem Raubzug auf Oberschlesien zurückzuhalten. Die Beschlüsse von Görlich verblissen gegenüber diesen außenpolitischen Verhältnissen.

Wird Oberschlesien in diesem Sinne behandelt, so werden die Rechtsparteien versuchen,

nationalistische Stimmung

zu machen. Dabei wird sich der rechte Flügel der Volkspartei den Deutschnationalen wieder in die Arme werfen; dann wird aber auch der linke Flügel dieser Partei nicht mehr bereit sein, mit uns in eine Regierung zu gehen. Die Unabhängigen kommen durch diese Verhältnisse und den Görlicher Beschluß in eine Zwangslage. Sie haben sich bereit erklärt, in die Regierung einzutreten unter bestimmten Bedingungen, die bis auf die Forderung nach Sozialisierung der Bergwerke mit den Görlicher sechs Punkten übereinstimmen. Das ist nach ihrem früheren Verhalten

ein glatter Umfall.

Sie geben dadurch zu, daß unsere praktische Politik, wie wir sie bisher getrieben haben, das richtige war. Natürlich wagen sie den Schritt noch nicht ganz zu tun, weil sie sich immer noch mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen. Ein Flügel zieht sie nach uns herüber, der linke Flügel neigt sich nach rechts und Diktatur. Bei der ersten Antwort der Unabhängigen sagte der rechte Flügel, bei der zweiten Antwort der linke Flügel die Oberhand. Es wird den Unabhängigen durch ihre Vergangenheit eben schwer, den letzten Schritt zu tun. Durch die Entscheidung über Oberschlesien aber können die Unabhängigen schnell dazu gezwungen werden, mit ihrer Vergangenheit voll und uneingeschränkt brechen zu müssen, um praktische Arbeit zu leisten.

Fällt die Entscheidung über Oberschlesien so aus, wie es nach den Berichten der englischen Quelle sein soll, so ist das Land für Deutschland verloren. Wegen die dann einsetzende nationalistiche Welle werden wir alle Nationalität und Entscheidungsfähigkeit nötig, um die Republik zu sichern. Mit festem Willen werden wir Sozialdemokraten alles daransetzen, um gemäß den Görlicher Beschlüssen die Republik und Demokratie zu schützen und zu stützen.

Danach wurde

die Aussprache fortgesetzt.

Genosse Raab: Wir müssen unter allen Umständen in der Regierung bleiben, nur so können wir die Lasten der Steuern,

die man auf uns abzuwälzen versuchen wird, auf tragfähigere Schultern legen. Wir sind durch den 10prozentigen Steuerabzug genügend belastet.

Genosse Dies wandte sich gegen eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei, da wir dabei wieder die Leidtragenden wären. Außerdem sei es dann nicht möglich, die Demokratisierung der Verwaltung durchzuführen. Der Görlicher Beschluß sei auf Drängen des Reichsministers Dr. Wirth herbeigeführt worden. Redner wünscht, daß die Politik des 31. August fortgesetzt wird. Die Einigung des Proletariats muß herbeigeführt werden. Nur so könne man der Reaktion entschlossen entgegenzutreten.

In längeren Ausführungen sprach Genosse Luchte gegen eine Koalition mit der Volkspartei, da wir dabei unter die Räder kommen könnten. Die Volksparteiler, die damals das Ultimatum nicht unterschrieben haben, werden auch jetzt nicht bereit sein, es zu erfüllen. Der Austritt aus der Regierung sei trotzdem niemals von Vorteil. Die Einigung mit den Unabhängigen wäre wünschenswert.

Genosse Brandes ist der Ansicht, daß die Volkspartei es nicht ehrlich meint. Gegen die Unabhängigen dürfte nicht so scharf vorgegangen werden. Auf keinen Fall darf die Koalition nach rechts erweitert werden.

Zur Vorsicht bei einem Zusammengehen mit der Volkspartei rät Genosse Wünschmann. Wir sind mit unserer bisherigen Politik auf dem richtigen Weg. Auf die Ausführungen des Vorredners in der Einigungsfrage eingehend, bemerkt er, daß zur Einigung beide Parteien gehören. Die Unabhängigen sind es gewesen, die bisher unsere Hand, die wir ihnen boten, zurückgewiesen haben. Wenn man unserer Presse den Vorwurf macht, sie gehe zu scharf gegen die Unabhängigen vor, dann muß man auch das Geschimpfe der Gegner lesen. Darauf muß in gebührender Weise geantwortet werden. Redner vertritt die Ansicht, daß, wenn es nicht gelingt, die Unabhängigen mit in die Regierung zu bringen, wir lieber in der Opposition bleiben, als mit der Volkspartei zusammengehen sollen.

Für die Görlicher Beschlüsse und für ein Zusammengehen mit der Volkspartei spricht Genosse Heinemann. Die Umstände zwingen uns mit gebieterischer Notwendigkeit zu diesem Schritte. Wir können die letzten Errungenschaften der Revolution nur halten und festigen, wenn wir unter allen Umständen in der Regierung verbleiben. Nur so können wir auch für die weitere Demokratisierung der Verwaltung eintreten.

Genosse Wittmaack: Was die Gegner des Görlicher Beschlusses sagen, wäre richtig, wenn wir in unsere Entschlüsse innen- und außenpolitisch frei wären. Das sind wir aber nicht, wie jetzt wieder Oberschlesien zeigt. Als Partei sind wir zu groß, um uns eine fruchtlose Opposition leisten zu können. Wir müssen uns daher mit jeder Partei koalieren, die mit uns ein Stück Weges gemeinsam zurücklegen will. Oberschlesien müßte jedem zeigen, daß die Regierung auf eine möglichst breite Grundlage aufgebaut werden muß. Die Deutschnationalen werden dann isoliert und die Volkspartei hätte auch die Verantwortung mit zu tragen.

Die gleiche Auffassung vertritt Genosse Bach vom Zentralverband der Angestellten. Wenn wir außerhalb der Regierung stehen, können wir wohl schimpfen, aber Einfluß gewinnen wir nicht. Die Beamten, die auf uns rechnen, lassen wir dann sitzen. Nicht Gefühls-, sondern Verstandespolitik müssen wir treiben. Die Gefahr ist zu groß, um abseits stehen zu können. Noch niemals ist es eine Schande gewesen, umzulernen, wenn die Verhältnisse es geboten haben.

Danach wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Genosse Backfalter brachte eine Entschließung der Jungsozialisten zur Kenntnis der Versammlung, nach der sie sich als Jungsozialisten gegen jedes Kriegereinschreiten wenden.

In seinem Schlußwort wandte sich Genosse Waber gegen die Behauptung, der Beschluß von Görlich wäre allein auf bürgerliche Wünsche zurückzuführen. Der Beschluß ist vor allem geboren aus den politischen Erfahrungen und der harten Notwendigkeit der Zeit. Redner führte nochmals das Mecklenburger Beispiel ins Feld, wo diese Genossen den Beschluß von Rassel durchführten mußten. Aus den in Mecklenburg aufgestellten neun Punkten, die die Volkspartei unterzeichnet hat, sind die sechs Görlicher Bedingungen hervorgegangen. Eine Partei, die diese sechs Punkte unterschreibt, ist koalitionsfähig, mag sie heißen wie sie

daman drangen schon von dort die Uebelthäter. Hatte nicht Christoph Allmer mit eigener Hand vor drei Wochen einen Stroch gefaßt, der nachlässigerweise bei ihm eingebrochen war, um sein bestes Raub zu rauben? Nun, der Epibube würde den Empfang, den Christoph Allmers Anrechte ihm bereitet hatten, nicht verweigern! Die Welt draußen war mehr schlecht als gut. Um ihren Anschuldigungen zu entgehen, hatten vor Jahrhunderten die Väter der Kolonisten sich geborgen in die unwegsame Wildnis des Moores, sich und ihren Kindern zum Segen. Drum wollten sie die Einzel, weise sein und nicht das kostbare Vätererbe der Abgeschicklichkeit verschleudern für das Linsengericht einer bequemen Verbindung mit der Welt.

Zusammend lauschte die große Mehrheit. Willgrebe freilich und der alte Poppe, die auf ihren Bremer Gärten Lebenskenntnis gesammelt zu haben glaubten, murmelten, daß die Welt fortschreite, und daß, weil doch niemand ihren Fortschritt aufhalten könne, es für die Weherdammer besser sei, wenn sie mit ihrem Fortverkauf nicht hinter andre Kolonien zurückdrängt würden.

Halb schon draußen auf dem Flett sah ein schlanter blonder Mann, der seinen Jahren nach den Hausjungen zuzugehören schien, den sein Schicksal aber schon lange zum Hofbesitzer und Himmelsrechtigen Gemeindeglied gemacht hatte. Ermer von fremder Art, sah er zwischen seinen Dorfgenossen, denn Lebensfreude strahlte aus seinem sonnenbraunen Gesicht, und sein ebenmäßiger gebauer und militärisch geschulter Körper war nicht wie der der andern verdorben durch zu frühe und zu harte Arbeit. Als des Vorstehers Rede immer gewaltiger anschwellte, jeden schäntern Widerpruch mit ihrer Wucht wegzuwimmeln, stand Jan Osmer leise auf, ging über das Flett hinaus auf des Vorstehers Bieste, wo sich das junge Volk mit Wallschlägen vergnügte, wie es Sitte war an den Vorabend vor Ostern und Pfingsten. Halb verdeckt im dichten Tannendick beim Backofen beobachtete er. Lauter Menschen, die mit ihm auf der Schulbank gesessen hatten! Aber viele hätte er kaum erkannt. Denn zehn Jahre verändern junges Blut. Freilich, Hilmer Poppe, einst sein liebster Kamerad, war sich gleich geblieben mit seinem langen, ernsthaften Gesicht, seinen behäutigen Bewegungen, seinem hartnäckigen Eifer und seiner Unerschütterlichkeit. Niemand traf seine Holzlatte den Ball. Daneben sauste jeder wichtige Schlag. Dafür mochte Allmers Anna ihn wohl auslachen. Wunderbar, daß aus der mageren Bieste solch schlanke, raffige Derru sich entwickelt hatte! Geschmeidig wie ein junger Kanibler und hatte was Feines, Stolz. Die würde auch in einer Stadt nicht übersehen werden. Dabei galt sie noch immer als mit Hilmer Poppe versprochen wie damals, als sie zuerst

will und getan haben, was sie will. Wenn sie unsere Bedingungen annimmt, dann hat sie sich verpflichtet, sie mit zur Durchführung zu bringen. Auf jeden Fall müssen wir in der Regierung bleiben. Ja, wir müssen versuchen, auch in Preußen wieder in die Regierung zu kommen. Dabei ist aber zu beachten, daß wir nichts tun dürfen, was uns mit unseren Grundsätzen in Gegensatz bringt. Die Görlicher sechs Punkte verleben die Grundsätze in keiner Weise; sie sind, wie schon wiederholt betont wurde, aufgestellt, um die Republik und Demokratie zu schützen und zu stützen. Das wird jeder unserer Genossen verstehen. Unsere Partei wird an den sechs Punkten nicht rütteln lassen. An ein Nachlassen in der Steuerfrage ist nicht zu denken. Verlagt die Volkspartei hier, scheitert an diesen Schwierigkeiten die Koalition, dann kann uns niemand einen Vorwurf machen. Genosse Waber ging auf die Vorträge ein, die man der Presse macht, daß sie die Unabhängigen nicht sanft genug behandelt. Man mag einmal bedenken, was

die H. S. P. an uns gekündigt

hat. Sie haben unsere praktische Arbeit begeistert und mit Schmutz bemorjen, daß man sich ekeln konnte.

Jetzt stehen die Unabhängigen da, wo wir im Januar 1919 standen. Sie sind nun auch überzeugt, daß man praktische Arbeit leisten muß, um für die Arbeiter etwas herauszuholen und zu erhalten, da sollen wir ihnen nicht vorhalten dürfen, was sie in dieser langen Zeit an der Arbeiterklasse gekündigt haben? Jeder von uns wünscht die Einigung mit jeder Partei seines Herzens. Sie kann aber nur durch Auffassung der Massen der Unabhängigen in unsere Partei erfolgen. Die unabhängigen Führer werden eines Tages allein stehen, weil die Arbeiter erkennen werden, daß praktische Arbeit mehr wert ist als fruchtlose Opposition. Nur so kann sich die Einigung vollziehen.

Genosse Waber erinnerte daran, was Genosse Welle und Hermann Müller zu gleicher Zeit in verschiedenen Orten über unsere Lage gesagt haben. Die Außenpolitik drückt so hart auf uns, daß wir kaum in der Lage sein werden, die Milliardenlasten aufzubringen, die zur Zahlung der Reparationen benötigt werden. Die am 15. November fällige Zahlung will man durch die 10prozentige Ausfuhrabgabe decken. Ob man aber noch so viel Devisen aufbringen kann, um die am 15. Februar 1922 fällige Zahlung zu decken, erscheint sehr fraglich. Wir müssen deshalb einen Teil der in der Volkspartei aufzunehmenden Industrien, die den monarchistischen Gedanken zurückstellen und die Lage geschäftsmäßig abwägen, mit in die Regierung nehmen, um die nötigen Devisen herinzubringen. Nur so ist es möglich, die Gesellschaft vor Sabotage der Steuererträge zurückzuhalten. Gelingt es nicht, die Zahlungen zu leisten, dann wird von den französischen Imperialisten neben der Abtrennung Oberschlesiens auch noch das Ruhrgebiet befestigt werden, und den Schaden tragen die Arbeiter. Unter den heutigen Umständen werden die Volksparteiler vielleicht nicht unterschreiben. Dann ergeht an die Unabhängigen die Anfrage, ob sie das Kabinett Wirth halten wollen, dann muß

eine Linkskoalition

gebildet werden. Dann liegt es an den Unabhängigen, ob sie die Arbeiterklasse zum fünften Male im Stich lassen wollen. Es geht hier nicht um den Kampf der Partei, sondern um Hochhaltung der Interessen für die gesamte schaffende Bevölkerung. Es muß unter allen Umständen für uns heißen: Hinein in die Regierung für Demokratie und für die Republik!

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Schlußwort wurde folgende Entschließung mit überwiegender Mehrheit angenommen:

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg erklärt sich mit den Beschlüssen des Görlicher Parteitag einverstanden und gelobt, ihr Neuzustehen zu tun, um Republik und Demokratie zu schützen und zu stützen.

Danach wurde die Generalversammlung mit einem begeisterten Hoch auf die festgeschlossene Sozialdemokratische Partei beendet.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Färberei Dalichow Schwibbogen 1, Kronprinzenstr., Hasselbachplatz, Labecker Straße 25a und 28 reinigt und färbt schnell, billig und gut.

Jan im Moor.

Roman von Luise Wesslich.

Erstes Kapitel.

Nachdem verboten.

Es war Sonnabend vor Pfingsten. In der Kolonie Weherdam wurde Gemeinderat gehalten. Am Mittag schon hatten die Kolonisten ihr Arbeitsgerät zusammengestellt, waren von ihren Ländchen heimgekommen, viele hunderte Wege. Nun fand sich, was Stimme und Ansehen hatte, im Hause von Christoph Allmer, dem Vorsteher, zusammen. Nichts Kleines galt's. Eine Landstraße wollte die Regierung den Weherdammern bauen, eine feste Straße, auf der sie zur Herbst- und Winterzeit, wenn die schweren Regengüsse das Moor aufweichten, oder der Frost die Rauhde schloß, ihre Dorfkerne nach Bremen fahren konnten. Nur geringe Zuzüge wurde verlangt. Deswegen hatte Christoph Allmer seine Dorfgenossen zusammengerufen. In der Stube waren Stühle und Truben gestellt bis zum Flett hinaus. Am runden Tische stand er selbst, hager, trocken, mit tiefstehenden Augen, in denen ein leidenschaftlicher Wille brannte. Im Gegenfah zu den andern Weherdammern trug der Vorsteher einen langen grauen Voller, der in zwei Spitzen auslief und ihm zusammen mit den bageren Wangen, der knochigen Stirn, dem Ausdruck harten Genüßes in seinen wie aus Holz geschnittenen Zügen das Aussehen eines alten Propheten gab.

Christoph Allmer sprach gegen die Landstraße. Er hielt sich an das Bibelwort: Was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme Schaden an seiner Seele? Gab ihnen nicht ihr Moor für gewissenhafte Arbeit auskömmliche Nahrung? Und was sie zum Leben nötig hatten? Sagen sie nicht jeder auf seinem Erb und Eigen frei und unbescholten, brauchen niemand zu scheuen außer Gott und hatten keinen Herrn über sich als den Kaiser und ihr Gewissen? Es war alles ihr Stolz und ihr Stolz gewesen, daß sie selbst die Landstraße untereinander. Wäre nicht immer die unerschöpfliche Diebstahl der Latern aus dem wilden Moor raubend in ihre Höfe gebracht, seit mehr als hundert Jahren hätte kein Polizist Veranlassung gehabt, ihren Gemeindegemein zu betreten. Solchen sie nun für den geringen Vorteil, den eine Landstraße versprach, ihre Kolonie dem Gefindel von draußen öffnen den Bagabunden und Landstreicher, die mit den Begarbeitern undämmer herbeiströmten? Die Folgen sahen sie an den Ortshäusern, an denen die neue Straße von Lilienhal vorbeiführte. Raub und Freveln zeigten ihren Weg. Ja, bis in die Gegend von Weher-

lange Kleider trug. Ja, hier verharren Dinge und Verhältnisse unverändert wie in einer Versteinung. Christoph Allmers hielt sie darin, seine Gemeinde, seinen Hof und sein Kind. Eigentlich paßte Hilmer mit seinem schwer beweglichen, trüblichen Gesicht gar nicht zu der feurigen Derru voll Leben und Lust. — Hübsch war auch Willgrebes Kestse, Weisheit, die jetzt in den Sonnenschein klopfte, in der Pracht ihrer siebzehn Jahre, rund und mollig, mit Grübchen im Kinn und Wangen, und Augen so unschuldig spitzbühig, wie eines jungen Kästchens Augen. Sapperlot! Wer die einmal im Arme hielt!

Unwillkürlich glitt sein Blick seitwärts, gezogen von einem dunkeln Instinkt, und begegnete dem Blick eines braunen Burschen, der abseits von den Spielenden stand wie er, eines Burschen mit fast schwarzen, tiefstehenden Augen, mit glattem, dunkeln Haar, mit hervortretenden Backenknochen und allen Merkmalen der Laternleute, nur verfeinert, gemodelt durch die Kultur einer militärischen Erziehung. Er hatte als Gemeiner in der Schwadron gestanden, in der Jan als Unteroffizier diente, und war von dem Bauern vor sechs Wochen als Knecht mit heimgebracht worden auf dessen Vaterhof. In einem langen Blick blieben die zwei Augenpaare ineinander haften, mit unruhigem Lauern die schwarzen, übermäßig und schier ein wenig spöttlich die blauen. Dann sprang auch Jan Osmer hinaus in den Abendsonnenschein, der die Gesalten der Spielenden in langgezogenen Schatten über den Wiesengrund warf. Hilmer's Latte hatte wieder einmal den Ball verfehlt. Mit der flachen Hand schlug Jan den ziellos hüpfenden Ball Anna Hilmer zu. Die hastete ihn gewandt, schleuderte ihn zurück. Ihre Augen blühten dabei.

„Sein verfehlt Ball zu schlagen, Jan Osmer. Könntest Hilmer Poppe das mal weissen.“

„Nach Dir kein Umständ,“ meinte Hilmer fei. „Ich halt dafür, daß ein' ein rechtschaffenen Menschen sein kann, auch wenn er Ball zu schlagen nicht versteht.“

Er trat gekränkt aus dem Kreis. Anna zuckte die Achseln. Das Spiel ging weiter. Es ging floter, seit Hilmer's Unerschicklichkeit nicht mehr störte. Mit unerschütterlicher Sicherheit schlug Jan die Bälle, und die jungen Menschen sprangen, häßten, jauchzten, Dampf Rang des Vorstehers Stimme durch die geschlossenen Fenster. Seine Tochter war der Ausgelassensten eine. Nur ab und zu sah sie verstoßen zu dem großen Hilmer hinüber und blinzte gleich wieder weg. Geschah ihm recht, wenn er nun einjamm sich bohte. Warum gleich er nicht, ein wenig nur, dem andern, der seine Glieder zu gebrauchen mußte und seine Zunge auch?

(Fortsetzung folgt.)

